

Multikulti - Tutti Paletti?

Gibt es in Schwechat wirklich keine Probleme zwischen Einheimischen und Immigranten? Nach Fazekas ist die Stadt bereits "MULTIKULTI" und alles ist sowieso paletti.



Den Kopf in den Sand stecken und so tun, als gäbe es keine Probleme im täglichen Zusammenleben zwischen Einheimischen und Immigranten (sicher nicht mit allen), grenzt schon an reine Realitätsverweigerung.

Zahlreiche Beschwerden von besorgten Bürgern - insbesondere aus Gemeindebauten - werden immer wieder an uns herangetragen. Dabei geht es hauptsächlich um die Nichtbeachtung der Hausordnung, Lärm, Schmutz bis zu Beschimpfungen durch Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Nicht wenige Schwechater haben schon resigniert, denn zu oft wurden sie mit der doofen Frage konfrontiert: „Sind Sie vielleicht ausländerfeindlich?“ Mit diesem dummen „Totschlag - Argument“ werden noch immer Leute eingeschüchtert. Dabei wollen sie nur auf bestehende Probleme hinweisen.

Gerade am Frauenfeld wird oft über Probleme mit Migranten geklagt. Aber vielleicht wird dort in Zukunft die SPÖ als Vermittlerin tätig. Hat sie doch in der ehemaligen Trafik ein überaus billiges Parteilokal bekommen. Es wird sich zeigen, wel-

che Zielgruppe sie bei der eventuellen Mitgliederwerbung im Auge hat.

Für die Einhaltung der Hausordnung in den gemeindeeigenen Wohnhäusern ist immer noch die Stadtgemeinde verantwortlich. Möchte man sich aber wirklich einen objektiven Überblick über die Probleme im Zusammenleben zwischen angestammten und zugewanderten Menschen mit Migrationshintergrund verschaffen, sollte zunächst eine anonyme Bürgerbefragung zu dem Thema durchgeführt werden.

Resolutionsantrag der FPÖ Abgeordneten für eine bessere medizinische Versorgung der Wiener Umlandgemeinden.

Während in Wiener Spitälern Menschen aus aller Herren Länder aufgenommen und versorgt werden, ist es für einen Niederösterreicher kaum möglich, in Wien versorgt zu werden. Berechtigterweise sorgen die häufigen Irrfahrten der Rettungstransporte im Wiener Umland immer wieder für Kopfschütteln unter der Bevölkerung. Ungezählt die Fälle, die bei rascher medizinischer Versorgung den Heilungsprozess der Patienten bedeutend erleichtert hätten. Leider führte dieser jah-



relange Irrsinn erst durch einen tragischen Todesfall in Schwechat zu politischen Erklärungen, aber zu keinen sofortigen Verbesse-

rungen der Situation. Dies ist eine Ungeheuerlichkeit; für Salzburger Notfallpatienten stellt die Grenze zu Bayern kein Hindernis dar. Bei Bedarf werden die Notfallpatienten

in bayerische Kliniken transportiert, ohne dass die Staatsgrenze stört. In Niederösterreich und Wien ticken die Uhren aber an-

ders, denn da stellt die Stadt- bzw. Landesgrenze für die Notfallpatienten eine unüberwindbare Hürde dar. Statt das nächstgelegene Krankenhaus anzusteuern, werden Patienten quer durchs Land, z. B. von Schwechat bis nach Wr. Neustadt transportiert. Die FPÖ NÖ stellte daher folgenden Antrag: „Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei den zuständigen Stellen der Stadt Wien zu erreichen, dass ein bundesländerübergreifendes Abkommen für medizinische Akutfälle abgeschlossen wird und es

rasch und unbürokratisch möglich ist, unbeachtet der Landesgrenze, das nächstgelegene Krankenhaus anzufahren.“

Diese Halle zahlen Alle:

10 Millionen Euro weitere Haftung für Multiversum

€ 12.500.000.- Haftung wurden bereits für das Multiversum vor einem halben Jahr übernommen: Haben die Bürger der Stadtgemeinde Schwechat gehofft, nach der Gemeinderatswahl und den zahlreichen Versprechungen der SPÖ und ÖVP nun einen Gemeinderat zu erhalten, der behutsamer mit den Finanzen umgeht, so hat bereits die zweite Arbeitssitzung des neuen Gemeinderates das Gegenteil gezeigt. Mit den Stimmen von SPÖ/ÖVP wurden insgesamt für „Die Halle zahlen Alle“ somit insgesamt € 22.500.000.- an Haftungen übernommen. Wenn diese Haftungen schlagend werden, dann Gute Nacht Schwechat. Die Entwicklung der Zinsenlandschaft und die Wirtschaftlichkeit der „Die Halle zahlen



Alle“ wird für die Stadtgemeinde Schwechat von existenzieller Bedeutung sein. Die FPÖ Schwechat hat in der 360. Gemeinderatsitzung einen Gegenantrag zum Multiversum und einen Dringlichkeitsantrag hinsichtlich einer Kreditsperre eingebracht. SPÖ, ÖVP und Grüne haben die Anträge abgeschmettert. Dadurch kommt es zur Notwendigkeit alle kommunalen Abgaben und

vorgeschriebenen Kosten immens zu erhöhen. Die FPÖ hat sämtliche Erhöhungen abgelehnt. Wir treten für sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Ermessensausgaben, Investitions- und Instandhaltungskosten ein und haben dies auch mit insgesamt 10 Anträgen in der 360. Gemeinderatssitzung eingebracht, die allesamt abgeschmettert wurden.

Moderne Zinsknechtschaft

FPÖ-Martin Graf: Gemeinnützige Wohnungen müssen billiger werden!

„Die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen sind neben den Kammern die letzten Dinosaurier des rot-schwarzen Proporzsystems“, bemerkte der Dritte Nationalratspräsident Martin Graf. Durch gesetzlich gedeckte, aber den Interessen der Wohnungsnutzer zuwider laufende Praktiken werde eine moderne Zinsknechtschaft geschaffen. Gegen die hat sich die SPÖ doch immer gewehrt. Zumindest solange sie nicht daran beteiligt war. Er habe daher im Nationalrat bereits umfangreiche Gesetzesanträge eingebracht, um das Gesetz zugunsten der Bürger zu ändern, erklärte Graf. So soll die Möglichkeit fallen, nach der Ausfinanzierung der Wohnungen weiterhin Annuitäten kassieren zu

dürfen: „Das widerspricht klar dem Kostendeckungsprinzip. Wenn die Wohnung abbezahlt ist, muss das aufhören!“ In Summe dürften sich die Wohnbauvereinigungen damit rund 87 Millionen Euro Körpergeld jährlich erwirtschaften. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft den Barkaufpreis, wenn ein Bewohner seine Wohnung erwerben will. „Das ist ein Unding. Wenn die Wohnung abbezahlt ist, dürfen nur noch die Grunderwerbssteuer und die Rechtsgebühr anfallen, sonst zahlt der Nutzer die Wohnung ja doppelt“, empörte sich Graf. Darüber hinaus sei es untragbar, dass der Verband der gemeinnützigen Bauvereinigungen de facto selbst entscheide, ob neue Genossenschaften zugelassen werden. Hier

besteht ein „Geschlossener Markt“, da die Wohnbauvereinigungen keine neuen Mitbewerber zulassen. Zudem verlangte Graf, dass die Gemeinnützigen durch den Rechnungshof geprüft werden und nicht nur durch einen selbst beschickten Revisionsverband.

Durch die derzeit erlaubten Praktiken würden immense Rücklagen angehäuft. Graf schätzt sie auf acht Milliarden Euro: „Alles was über zehn Prozent hinausgeht muss umgehend wieder in den Wohnbau investiert werden. Andernfalls muss das Steuerprivileg für diese Rücklagen fallen.“ - Die ist derzeit über eine Kannbestimmung, die vorn Finanzminister aber nicht exekutiert wird, abgesichert. Trotz aller Budgetnöte

FPÖ-Ertl: Schulstartgeld - weil's unsere Familien brauchen!

Der Schulbeginn stellte auch heuer wieder für Eltern eine äußerst teure Angelegenheit dar. „Für viele Eltern waren die Kosten, die am Schulbeginn für die Schulartikel abverlangt wurden, einfach nicht mehr zu bezahlen“, so Ertl. „Die FPÖ fordert daher seit Jahren, dass es ein jährliches Schulstartgeld für alle Schüler geben muss.“ Laut Ertl kostet ein Startpaket für einen Schulanfänger - bestehend aus Schultasche, Heften, Stiften, Sportutensilien etc. zwischen 100 und 250 Euro. Je nach Schulstufe und Schultyp wird die Geldbörse der Eltern noch durch weitere Beiträge für Wandertage, Projekt- bzw. Sportwochen zusätzlich stark belastet. „Viele können sich diese Zahlungen schlicht und einfach nicht leisten und brauchen dringend Unterstützung.“ Angesichts der Tatsache, dass auch in Niederösterreich immer weniger Kinder geboren werden und es sich junge Menschen nicht mehr zutrauen,



eine Familie zu gründen, tritt hier das Versagen der „selbst ernannten Familienparteien SPÖ und ÖVP“ ganz offen ans Tageslicht. Hier gilt es gegenzusteuern und dafür sind die Freiheitlichen der Garant“. Für den Schulstart 2010/1011 gab es in Schwechat zwar eine Beihilfe, doch diese ist mehr als ungenügend. Das Land NÖ hat seine Beihilfe überhaupt gleich eingespart. „Wir treten daher zum wiederholten Male dafür ein, dass es ein Schulstartgeld für jedes Schuljahr und jedes Kind

in Höhe von 200 Euro gibt. Denn nur wenn es uns gelingt, die Familien entsprechend zu fördern und zu entlasten, ist eine positive Zukunft unserer Gesellschaft langfristig sicher gestellt“, so Ertl abschließend. Wir verlangen eine Gleichstellung österreichischer Kinder mit Kindern von Asylwerbern. Kinder von Asylanten/Asylwerber bekommen € 200.- pro Schuljahr (das bekommen diese Kinder nicht nur für Schulanfänger, sondern für jedes Schuljahr).

Sparen auf Kosten der Bürger

Bgm. Fazekas möchte wie sein Parteigenosse Faymann gerecht und intelligent sparen? Die ersten Gebührenerhöhungen wurden bereits im Gemeinderat beschlossen!

Schwechats Kassen sind leer und Bgm. Fazekas will nun „gerecht und intelligent“ sparen!?

Die ersten Gebührenerhöhungen (Wasser, Kanal und Musikschule) um bis zu 136 % wurden bereits mit Hilfe der ÖVP und Grünen beschlossen. Weitere Abgabenerhöhungen werden unweigerlich folgen. Nur die FPÖ-Schwechat hat gegen das System der einnahmenseitigen Budgetkonsolidierung gestimmt. Schwechat weist nach einer BSL Kommunalstudie 2010 eine extrem hohe Pro-Kopf-Verschuldung auf und liegt damit weit über dem Österreich-Durchschnitt. Trotzdem kündigte Bgm. Fazekas noch bei seiner Antrittsrede im März 2010 an, den Schuldenstand Schwechats deutlich zu erhöhen“ - und das ist ihm auch gelungen! Jetzt - wie Fazekas - von „Krisenfolgen“ zu sprechen, ist reiner Zynismus und nichts weiter als der durchschaubare Versuch, die wahren Gründe der Schwechater Finanzmisere zu verstecken. Nämlich die leichtfertige Finanzpolitik der SPÖ! Schwechat ist eine der reichsten Städte Österreichs, - warum musste für „DIE HALLE ZAH-



LEN ALLE“, also für Spiel und Spaß, die finanzielle Lage unserer Stadt derart strapaziert werden? Nachdem das Wasser fast bis zum Hals steht, fordert der Bürgermeister nun medienwirksam die Zusammenarbeit von allen Fraktionen. Er nennt die jahrelangen Ermahnungen der FPÖ-Schwechat zu mehr Sorgfalt im Umgang mit Steuergeldern wieder einmal "Populismus"! Bei der massiven Verschuldung unserer Stadt durch die Rathaus-SPÖ wird die vom Bürgermeister Fazekas vorgeschlagene Sparmaßnahme „das Licht früher

abzudrehen“ allein nicht genügen. Für ein stabiles und ausgeglichenes Budget sind ernsthaftere Antworten eines Bürgermeisters und weitaus größere Anstrengungen gefragt.

Wenn Bgm. Fazekas diesmal tatsächlich bereit zur Zusammenarbeit ist, bietet die FPÖ-Schwechat zum Wohle unserer Stadt gerne ihre Unterstützung an. Doch nur Gebührenerhöhungen ohne ausgabenseitige und sozial ausgewogene Sparmaßnahmen wird es mit unserer Zustimmung nicht geben!

Anträge im Gemeinderat Schwechat

Von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion wurden in der 360. Sitzung am 28. Juni 2010 folgende Anträge eingebracht.

2 Dringlichkeitsanträge betreffend Vereine und eine Kreditsperre. 6 Gegenanträge zu den Tagesordnungspunkten Multiversum, Städtische Musikschule, Erhöhung der Kanal- und Wassergebühren, Waldverkauf an eine Agrargenossenschaft und Vereinbarung mit der Agrargenossenschaft bezüglich der Wasserversorgungsanlage in Mannswörth. Sowie 2 Zusatzanträge betreffend die Erhöhungen in

der Musikschule und eine Subvention an die Gewichtheber. Zwei direkt an den Bürgermeister gerichtete Anfrage betrafen: „1. Wer ist der Inhaber der Wasserrechte der Schwechater Wasserversorgung. 2. Warum bekommt die Stadtgemeinde Schwechat von der EU keine EU Agrarzahungen?“ Die von FPÖ Gemeinderätin Andrea Kaiser gestellte Zusatzfrage: „Wie viele Gebühren müssen von der

Stadtgemeinde für Leitungen, Servitute und Dienstbarkeiten an wen entrichtet werden.“ versprach der Bürgermeister schriftlich zu beantworten. Mehr als 100 Tage später liegt die schriftliche Antwort Fazekas noch immer nicht vor.

Alle Anträge können auf unserer Webseite unter

www.fpoe-schwechat.at
nachgelesen werden.